

Begriff und Problematik des deutschen Widerstands gegen Hitler in der zeitgeschichtlichen Forschung

von Hans Mommsen

Für die Zeithistoriker der Bundesrepublik ist es eine wichtige und eindrückliche Erfahrung, die deutsche Opposition gegen das Dritte Reich mit einer Widerstandsbewegung zu vergleichen, von der Professor Ryszka gesagt hat, daß die mit Begriff und Erscheinung des Widerstands verknüpfte juristische Problematik angesichts der Notwehrsituation zurücktritt, in der sich das polnische Volk gegenüber einer fremden Macht befand, die auf die Zerstörung der polnischen Gesellschaft und Kultur und damit der Grundlagen der polnischen Nation ausging. Widerstand als Akt der Notwehr gewinnt gleichwohl eine zusätzliche Rechtfertigung aus der im neuzeitlichen Europa entstandenen Tradition des Widerstandsrechts gegen ungerechte Tyrannis. Der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft erfolgte letztendlich aus einer vergleichbaren ethischen Grenzsituation heraus, die durch das verbrecherisch-barbarische Element der nationalsozialistischen Gewaltpolitik gegeben war. Indessen lag darin auch eine Schwäche der deutschen Opposition. Der Widerstand gegen die in wachsendem Maße terroristisch abgestützte Diktatur setzte spät und in mancher Hinsicht zu spät ein, indem er seine Legitimation aus der Unmöglichkeit schöpfte, das Dritte Reich an seinem Amoklauf in Amoralität und Verbrechen zu hindern. Vielleicht hätten massive Proteste gegen einzelne verbrecherische Maßnahmen, wie das Beispiel der Euthanasie gezeigt hat,¹ die fortschreitende kriminelle Radikalisierung des Regimes hinter anhalten oder verzögern können. Wo die Unbedingtheit des Protestes unterblieb, wirkte er manchmal eher stabilisierend. Die mit Erfolg gekrönten Versuche von Vertretern der hohen Ministerialbürokratie, die radikale Zielsetzung des Regimes in der Judenfrage mäßigend zu modifizieren, hatten vielfach nur den Effekt, diese in wenig abgemildeter Form realisierbar zu machen und den sonst zu erwartenden Protest der öffentlichen Meinung zu überspielen.² Hierin liegt eine gewisse Tragik des sich vom Rechtsgedanken her, nicht primär von politischen Überzeugungen aus formierenden Widerstandsgedankens.

Eine ähnliche Schwierigkeit ergibt sich bei der Beurteilung der Militäropposition, die in Westdeutschland häufig im Zusammenhang mit dem Problem erörtert worden ist, unter welchen Bedingungen führende Militärs den von ihnen geleisteten Eid brechen durften.³ Das Legalitätsproblem, das darin liegt, stellte sich für die deutsche Widerstandsbewegung in anderer Weise als für die Resistance der von Deutschland okkupierten Länder. Daß sich beim Widerstand gegen eine Regierung, die den Anspruch erhebt, die eigene Nation zu repräsentieren, und die ihren Gegnern von vornherein das Stigma des Hoch- und Landesverrats aufdrängt, notwendig andere psychologische und konspirative Bedingungen ergeben als beim Widerstand gegen eine unterdrückende fremde Besatzungsmacht, liegt auf der Hand. Hier

¹ Vgl. Klaus Dörner: Nationalsozialismus und Lebenvernichtung, VIZ 15 (1967), S. 121 ff.

² Ein Beispiel hierfür sind die Verhandlungen anlässlich der Verabschiedung der Nürnberger Gesetze; vgl. Bernhard Lösener: Als Rassenreferent im Reichsministerium des Innern, VIZ 9 (1961), S. 264 ff. sowie die Darstellung von Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972, S. 145 ff.

³ Dies ist der Tenor des 1956 veröffentlichten Sammelwerks „Die Vollmacht des Gewissens“ (München), die Gutachten zum Eidproblem von H. Weinkauff, Max Pribilla und Walter Künneth enthielten.

ergibt sich das Problem, daß der Widerstand gegen das Unverständnis breiter Bevölkerungsgruppen ankämpfen muß, daß er letzten Endes erst ex post eine Legitimierung erfahren kann im Bewußtsein der Massen, in deren Namen er unternommen wird. Schon aus den Doppelstrategien, den ein Widerstand aus Schlüsselstellungen der öffentlichen Apparate notwendig machte, folgte zudem, daß die Grenzlinie zwischen systemverändernden und systemstürzenden Bestrebungen nicht immer eindeutig herauszustellen ist.

Es war ein Resultat der zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machteroberung bestehenden innenpolitischen Konstellation, daß der Widerstand der Arbeiterschaft am frühesten einsetzte, und hier in erster Linie der kommunistische Widerstand. In gewissem Kontrast dazu standen die schwächlichen Versuche des sich an die Reste der Legalität klammernden sozialdemokratischen Parteivorstandes, mit den neuen Machthabern zu einer Art Stillhalteabkommen gelangen zu können.⁴ Der Widerstand im bürgerlich-konservativen Lager setzte erst später ein, nachdem erkennbar wurde, daß die erhoffte Rückbildung der nationalsozialistischen Diktatur in ein konservativ-autoritäres System außerhalb des Bereichs des Möglichen lag. Insofern führten zwei grundlegend verschiedene Motivationsketten zu Widerstand.

In der historiographischen Diskussion der Bundesrepublik hat sich nach einer anfänglich noch vollzogenen Zuordnung von bürgerlich-konservativem und kommunistisch-sozialistischem Widerstand vorübergehend die Tendenz durchgesetzt, beide Bereiche nicht nur von der Sache her getrennt zu behandeln, sondern sie auch grundsätzlich verschieden zu beurteilen. Unter dem Einfluß der Theorie des Totalitarismus war man geneigt, den kommunistischen Widerstand wegen seiner gegen das demokratisch-parlamentarische System gerichteten Zielsetzung aus der Betrachtung ausklammern und seine Legitimation in Frage zu stellen. Mit dem Fortgang der Forschung und einer sich verändernden Einschätzung der inneren Struktur des nationalsozialistischen Herrschaftssystems ist diese Tendenz wieder rückläufig geworden und tritt die Erkenntnis wieder in den Vordergrund, daß der Widerstand gegen Hitler, trotz aller richtungspolitischen Divergenzen, die ja auch innerhalb des bürgerlich-konservativen Lagers bestanden haben, als Einheit zu betrachten ist. Es kommt hinzu, daß in den Programmen der verschiedenen Gruppen des Widerstands einschließlich der Kommunisten gewisse gemeinsame Vorstellungen über die zukünftige Gestaltung der deutschen Verhältnisse auftauchen, die auf die Gleichartigkeit der Ausgangslager der oppositionellen Bestrebungen und der Erfahrungen in der konspirativen Arbeit hinweisen.

Man wird dabei berücksichtigen, daß in der Bundesrepublik bis in die Mitte der 60er Jahre bei der Behandlung der Widerstandsbewegung gegen Hitler das Bestreben dominierte, um der Gewinnung zusätzlicher Legitimation willen eine Brücke historischer Kontinuität zur Weimarer Republik zu schlagen. Ähnliche, wenn auch unter anderen Vorzeichen stehende Tendenzen finden sich auch in der Geschichtsschreibung der Deutschen Demokratischen Republik. Im Mittelpunkt der westdeutschen Diskussion stand zunächst die grundsätzliche historisch-politische Rechtfertigung des Widerstands und des Attentats vom 20. Juli 1944; zugleich ging es um die moralisch wie politisch gebotene Zurückweisung neonazistischer Verunglimpfungen des Widerstands.

Die Herausarbeitung der Geschichte des „anderen Deutschland“ hatte die Funktion, pauschalen Abwertungen der bisherigen deutschen Geschichte ein neues Bewußtsein historischer Identität entgegenzustellen und im Widerstand gegen Hitler gleichsam einen die Parteigegensätze der entstehenden Bundesrepublik übergreifenden antifaschistischen Konsens zu begründen. Dabei überwog vielfach die Tendenz, die Exponenten des bürgerlich-konser-

⁴ Vgl. Erich Mathias: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: E. Mathias/R. Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 168 ff.; kritisch die Analyse von Hannes Heer: Bürgerfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930-1933, Neuwied 1971.

vativen Widerstands in die Nähe eines demokratisch-parlamentarischen Denkens zu rücken. Desgleichen wurde – so von Hans Rothfels – betont, daß der Opposition gegen Hitler Persönlichkeiten aus allen sozialen Schichten angehört hätten.⁵ Damit wandte sich die westdeutsche Historiographie gegen den zeitgenössischen Vorwurf, es habe sich beim 20. Juli im wesentlichen um eine Adels- und Generalsrevolte gehandelt. Ganz ohne Zweifel sind in der Bewegung des 20. Juli breite Gruppen der Bevölkerung repräsentiert gewesen, wie überhaupt die zahlenmäßige Verzweigung oppositioneller Gruppierungen kaum unterschätzt werden kann. Andererseits ist kein Zweifel, daß der 20. Juli im Kern von neokonservativen Gruppen getragen und entscheidend geprägt worden, wobei das Rechts-Links-Schema schwerlich anwendbar ist. Nicht zufällig sind im Widerstand die Gruppen, die das parlamentarische System der Weimarer Republik repräsentierten, nur am Rande vertreten gewesen. Persönlichkeiten wie Julius Leber und Wilhelm Leuschner, aber auch Carlo Mierendorff und Theodor Haubach veränderten unter den Erfahrungen des nationalsozialistischen Regimes ihre Haltung zum parlamentarischen System des Weimarer Typus. Die bürgerlich-liberalen Gruppierungen haben nur begrenzt zum Widerstand gefunden. Insofern sind die aktiven Widerstandsgruppen auch durch einen Gegensatz zu dem Weimarer Verfassungsdenken bestimmt.

Trotz der Kontakte, die zwischen der Stauffenberg-Gruppe und kommunistischen Widerstandskadern geknüpft worden sind, neigt die Forschung dazu, den kommunistischen Widerstand als Erscheinung sui generis zu betrachten und dessen innere Legitimation zu bezweifeln, die vom Standpunkt der Totalitarismustheorie nicht gegeben zu sein schien. Desgleichen ist der sozialdemokratische Widerstand nur zögernd von der Forschung aufgearbeitet worden. Die Schilderung des Widerstands durch die DDR-Geschichtswissenschaft entwickelte sich nahezu spiegelbildlich und war durch die ständige Betonung der führenden Rolle der KPD im antifaschistischen Kampf gegen den Hitlerfaschismus geprägt; die sozialdemokratische und christliche Widerstandsbestrebung fand eine gewisse Beachtung. Die Bewegung des 20. Juli 1944 wurde hingegen zunächst negativ charakterisiert. Später wurde – im Anschluß an die Arbeiten von Finker und Melnikow⁶ – die Stauffenberg-Gruppe aus der negativen Einschätzung herausgenommen und in die Nähe des proletarischen Antifaschismus gerückt. Parallel dazu stand das Bestreben, den Massenanhang der kommunistischen Widerstandskader nachzuweisen.

Die westdeutsche und die angelsächsische Forschung hat jedoch seit dem Beginn der 60er Jahre auf der Grundlage einer wesentlich breiteren Quellenbasis ein wesentlich differenzierteres Bild der bürgerlich-konservativen Widerstandsbewegung zu zeichnen vermocht, wobei die richtungspolitischen Differenzierungen und der ideengeschichtliche Hintergrund der einzelnen an der Aktion des 20. Juli 1944 direkt und indirekt beteiligten Kreise aufgeschlüsselt werden konnten. Einen entscheidenden Durchbruch brachte die Darstellung des Kreisauer Kreises durch den holländischen Historiker Ger van Roon, und zwar vor allem wegen der Veröffentlichung einer Reihe von wichtigen Denkschriften aus dem Nachlaß von Helmuth von Moltke.⁷ Die faktischen Abläufe, die zum Attentat des 20. Juli geführt haben, dürften vor allem aufgrund der Arbeiten von Peter Hoffmann als weitgehend geklärt gelten, soweit dies bei der gegebenen Quellsituation überhaupt möglich erscheint.⁸ In der Beurteilung der politischen Zielsetzungen der Verschwörer bestehen hingegen gewisse Diver-

genzen, wobei sich eine zunehmend distanzierte Betrachtung durchsetzt, die – ohne die Gemeinsamkeit des Protests der Verschwörer gegen den unmenschlichen und verbrecherischen Charakter des Regimes als grundlegendes Beurteilungskriterium zu leugnen – die unterschiedlichen politischen und sozialen Motivationen stärker beleuchtet und den Widerstand als Spiegel alternativer Entwicklungsmöglichkeiten Deutschlands nach dem Scheitern des demokratisch-parlamentarischen Systems betrachtet⁹.

Die im Falle eines erfolgreichen Attentats von der geplanten Umsturzregierung eingeschlagene Politik, deren innen- und außenpolitischen Durchsetzungschancen und deren Verhältnis zum kommunistischen Widerstand können nur hypothetisch beurteilt werden. Untersuchungen über die Einstellung der Bevölkerung lassen den Schluß zu, daß die Verschwörergruppe jedenfalls zunächst politisch relativ isoliert geblieben wäre. Trotz der Kontaktversuche Lebers und Reichweins und entsprechender Überlegungen Stauffenbergs ist davon auszugehen, daß sich das Verhältnis zum kommunistischen Widerstand negativ entwickelt haben würde, wenngleich es denkbar ist, daß vorübergehend eine gemeinsame Bürgerkriegsfrontstellung eingetreten wäre. Unzweifelhaft überwog auf beiden Seiten große Skepsis gegen eine Zusammenarbeit.

Seit der Mitte der 60er Jahre ist das zeitgeschichtliche Interesse an der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 in der Bundesrepublik wieder rückläufig geworden, während einige angelsächsische Arbeiten dieses Thema erneut aufgegriffen haben, ohne zu grundlegenden Veränderungen des bisherigen Bildes zu gelangen.¹⁰ Gleichzeitig aber verlagerte sich der Schwerpunkt der Forschung in zunehmendem Maße auf die Geschichte des sozialistischen und kommunistischen Widerstands. Damit begann die westdeutsche Geschichtsschreibung das nachzuholen, was sie im Vergleich zur Geschichtswissenschaft der DDR bis dahin versäumt hatte. Die zu diesem Thema vorliegenden Regionaluntersuchungen, aber auch die Darstellung der Politik der KPD durch Horst Duhnke¹¹ haben deutlich gemacht, daß trotz der wiederkehrenden Zerschlagung der konspirativen Organisation eine bemerkenswerte Kontinuität kommunistischer Widerstandstätigkeit von 1933 bis zum Ende des Krieges festzustellen ist und daß sie relativ breite Gruppen der Industriearbeiterschaft umfaßt hat. In der Historiographie der DDR scheint hingegen die Beschäftigung mit Fragen des Widerstandes vor allem der nichtkommunistischen Gruppierungen in dem Maße rückläufig zu sein, in dem die Legitimationsproblematik des zweiten deutschen Staates an Bedeutung verliert.

Einen wichtigen Schritt zur präziseren Einordnung des sozialistischen und kommunistischen Widerstands ermöglichen die von der Friedrich-Ebert-Stiftung angeregten Untersuchungen von Hans-Josef Steinberg, Kuno Bludau und Kurt Klotzbach.¹² Dabei tritt der Tatbestand eindeutig hervor, daß die sozialdemokratische Anhängerschaft nur in begrenztem Umfang an Widerstandsaktionen teilzunehmen bereit war, während dies in sehr hohem Umfang für die Mitgliedschaft der KPD galt. Die Ursachen dafür, die in der problematischen Politik des SPD-Parteivorstandes, aber auch in der Tradition der Partei gesucht werden müssen, sind begrifflicherweise lebhaft umstritten. Eine Gesamtdarstellung des sozialde-

⁵ Vgl. Hermann Granth: Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstands, sowie Hans Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands, in: W. Schmithöner/H. Buchheim (Hrsg.): Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln 1966.

¹⁰ Vgl. Harold C. Deutsch: Verschwörung gegen den Krieg. Der Widerstand in den Jahren 1939–1940, München 1969; Freya von Moltke/Michael Ballour/Julian Frisby/Helmuth von Moltke, Stuttgart 1975; Christopher Sykes, Adam von Trost: Eine deutsche Tragödie, Düsseldorf 1969.

¹¹ Horst Duhnke: Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972; die neueste Darstellung von kommunistischer Seite: Klaus Mammach: Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933–1939, Frankfurt 1974. Deitlev Peukert: Ruhrarbeiter gegen den Faschismus, Frankfurt 1976.

¹² Hans-Josef Steinberg: Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945, Hannover 1969; Kuno Bludau: Gestapo Geheim-Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933–1945, Bonn-Bad Godesberg 1973; Kurt Klotzbach: Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945, Hannover 1969.

⁵ Hans Rothfels: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Frankfurt 1969 (Neuausgabe), S. 104 f., 172 f.; siehe die Literaturübersichten bei K. O. v. Aretini: Bericht über den deutschen Widerstand, in: GWU 25 (1974), S. 565–576; U. Hochmuth: Faschismus und Widerstand. Ein Verzeichnis deutschsprachiger Literatur, Frankfurt 1973; Regine Büchel: Der deutsche Widerstand im Spiegel der Fachliteratur (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte 15), München 1975.

⁶ Kurt Finker: Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin 1972³; Daniel Melnikow: Der 20. Juli 1944: Legende und Wirklichkeit, Hamburg 1968².

⁷ Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967.

⁸ Peter Hoffmann: Widerstand, Staatsreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1970².

mokratischen Widerstands, abgesehen von der den bisherigen Informationsstand zusammenfassenden kleinen Schrift von Peter Grasmann, steht noch aus.¹³

Wesentliche Fortschritte sind hingegen bei der Aufarbeitung des sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Emigrationswiderstandes und deren dann allerdings zerbrechende Verbindungen zu inländischen Widerstandsgruppen erzielt worden. Die Tätigkeit der sozialistischen Emigration beleuchtet den Tatbestand, daß die westlichen Mächte relativ lange zögerten, sie als ernstzunehmenden Partner im Kampf gegen die faschistische Gewaltpolitik zu betrachten und daß daher die politischen Möglichkeiten dieser Gruppe, sehr im Unterschied zu den auswärtigen Brückenköpfen der Resistance in den von den Achsenmächten okkupierten Ländern, eng begrenzt gewesen sind.¹⁴ Neuerdings richtet sich das Interesse der Forschung darauf, die Haltung der Bevölkerung zum nationalsozialistischen Regime auf der Grundlage der verfügbaren Stimmungsberichte zu analysieren und jenen Bereich der Loyalitätsverweigerung, passiven Resistenz und vereinzelter Protestschritte zu erfassen, der unterhalb der Schwelle des konspirativen und daher notwendig auf eng begrenzte Gruppen beschränkten Widerstands lag. Neben der verdienstvollen und grundlegenden Arbeit von Marlis Steinert „Die Deutschen und Hitlers Krieg“ ist hier vor allem auf die umfassende Dokumentation zur sozialen Lage und zum politischen Verhalten der bayrischen Bevölkerung in der NS-Zeit durch Martin Broszat, Elke Fröhlich und Falk Wiesemann zu verweisen, von der ein erster Teil abgeschlossen ist.¹⁵ Ziel dieser Regionaluntersuchung ist die systematische Erforschung der Haltung der Bevölkerung gegenüber dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem, wobei sich das Problem ergibt, inwieweit sich hierbei ein umfassenderer, zugleich aber unterschiedlich zu gewichtender Begriff des Widerstands erweist.¹⁶ Das Forschungsprojekt setzt sich unter anderem zur Aufgabe, die Haltung der Arbeiterschaft und deren politische Mobilisierbarkeit für einen aktiven Widerstand gegen das nationalsozialistische Herrschaftssystem zu untersuchen. In dieselbe Richtung zielt die Arbeit des englischen Historikers Tim Mason, der erste Ergebnisse über die Haltung der Arbeiterschaft zum nationalsozialistischen System seiner Quellenpublikation über Nationalsozialismus und Volksgemeinschaft vorgelegt hat.¹⁷ In der Tat bedürfte es umfassender Untersuchungen über die allgemeine Lage der Industriearbeiterschaft, vor allen Dingen während der letzten Jahre des Zweiten Weltkrieges, um näheren Aufschluß über die Erfolgchancen aktiver Widerstandsbewegungen zu gewinnen und Aussagen über die relative Stabilität des nationalsozialistischen Herrschaftssystems zu machen. Damit verschiebt sich das historiographische Interesse von einer bisher dominierenden Konzentration auf das Handeln gesellschaftlicher Eliten einerseits und politischen Kadern andererseits auf die sozialgeschichtliche Analyse des Verhaltens der breiten Massen. Man hat es dabei mit sehr verschiedenen Artikulationsformen des Protestes zu tun, wie aus den zahlreich überlieferten Stimmungsberichten nationalsozialistischer Behörden und Dienststellen, aber auch aus Gefangenenbefragungen entnommen werden kann. Vielleicht ergibt eine solche Betrachtung eine Möglichkeit, die bislang im wesentlichen bloß polemische Beziehung zwischen der marxistisch-leninistischen und der bürgerlichen Widerstandsforschung in Richtung auf eine begrenzte Kooperation zu verändern.

¹³ Peter Grasmann: Sozialdemokraten gegen Hitler 1933-1945, München Wien 1976; eine Gesamtdarstellung des sozialdemokratischen Widerstands wird William Sheridan Allen (Buffalo) herausbringen.

¹⁴ Erich Matthias (Hrsg.): Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration, Düsseldorf 1968; Werner Röder: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940-1945, Hannover 1968.

¹⁵ Marlis G. Steinert: Hitlers Krieg und die Deutschen, Düsseldorf 1970; Martin Broszat, Elke Fröhlich u. Falk Wiesemann (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, München 1977; vgl. M. Broszat in Süddeutsche Zeitung Nr. 285 vom 10./11. 12. 1977.

¹⁶ Vgl. Peter Hüttenberger: Vorüberlegungen zum „Widerstandsbegriff“, in: Theorien in der Praxis des Historikers, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 3, Göttingen 1977, S. 116-134.

¹⁷ Timothy W. Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975.

Der Dissens zwischen marxistisch-leninistischer und westlich-bürgerlicher Position betrifft bereits den Begriff des Widerstandes als solchen. Das ist die notwendige Folge einer unterschiedlichen Faschismus-Analyse. Deren fundamentale Divergenzen hier darzulegen, würde den Rahmen der hier zur Erörterung stehenden Problematik sprengen und doch keinerlei integrative Ansatzpunkte bieten können. Der in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1970 veröffentlichte Aufsatz von Gerhard Rossmann über „Die Verfälschung des antifaschistischen Widerstandskampfes in der westdeutschen Geschichtsschreibung“ ist für die Ausschließlichkeit der einander gegenüberstehenden Positionen bezeichnend. Vom Standpunkt vieler Historiker der DDR geraten alle Versuche der westdeutschen Historiographie, gegenüber den von den einzelnen bürgerlich-konservativen Widerstandsgruppen eingenommenen Positionen eine distanzierende Haltung einzunehmen, zu einer Bestätigung der von ihnen grundsätzlich bestrittenen innenpolitischen Struktur der Bundesrepublik. Immerhin räumt Rossmann ein, daß es eine „antifaschistisch-demokratische Richtung“ in der westdeutschen Geschichtsschreibung gäbe; doch beschränkt er sie auf Publikationen, deren Autoren der KPD oder VVN nahestehen. Diese Spielart westdeutscher Historiographie wird von ihm „als Reaktion auf die ständig verfeinerte Verfälschung des antifaschistischen Widerstands in der bürgerlichen-imperialistischen, neonazistischen und rechts-sozialdemokratischen Historiographie“ interpretiert.¹⁸ Ein Meinungsaustausch mit der professionellen Historie ist unter diesen Umständen äußerst erschwert.

Die einzelnen Differenzpunkte werden angesichts der grundsätzlichen Ausschließlichkeit der gegenseitigen Standpunkte nur begrenztes Interesse beanspruchen können. Aus der Tatsache, daß zwischen den Widerstandskreisen des 20. Juli und Kreisen der Industrie einzelne Verbindungen bestanden, kann keineswegs gefolgert werden, daß sie maßgeblich von Interessen des „Großkapitals“ beeinflusst waren. Die Frage, inwieweit Goerdeler's wirtschaftspolitische Auffassungen, vor allem bei dem Kreisauer Kreis auf Ablehnung stießen und welche wirtschaftspolitischen Vorstellungen maßgebend wurden, hat die westdeutsche Forschung eingehend beschäftigt.¹⁹ Sozialistische und gewerkschaftliche Gruppen waren nur begrenzt einflußreich. Gleichwohl entziehen sich die politischen und sozialen Grundvorstellungen des bürgerlich-konservativen Widerstands jeder schematisierenden Betrachtung.

Für die westdeutsche Geschichtswissenschaft hat die kritische Haltung der DDR-Geschichtsschreibung, die in der Regel auch Medium der Vermittlung von Arbeiten anderer sozialistischer Staaten darstellt, eine vielfach stimulierende Funktion gehabt.²⁰ Im übrigen aber erschöpfte sich die Auseinandersetzung in einer weitgehend unfruchtbaren Polemik. Sie betrifft Fragen wie die nach der Intensität des kommunistischen Widerstands während der Phase des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts, der Massenwirksamkeit des kommunistischen Widerstands und der programmatischen Entwicklung der KPD seit der Brüsseler Konferenz. Es ist kaum ergiebig, wenn gegenseitig der Vorwurf erhoben wird, der Widerstand habe keine Chancen gehabt, einen Sturz des Regimes zu erzwingen, oder er habe sich darin erschöpft, den organisatorischen Zusammenhalt der früheren Bewegung aufrechtzuerhalten. Diese Debatte ist schon deshalb hinfällig, weil sich einerseits zeigen läßt, daß unter den Bedingungen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems Chancen eines

¹⁸ G. Rossmann: Die Verfälschung des antifaschistischen Widerstandskampfes in der westdeutschen Geschichtsschreibung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 18 (1970) 1, S. 10.

¹⁹ Vgl. Gervan Roon, Neuordnung, S. 422f. und 433 ff.; Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 104f.; vgl. ferner Günter Schmolders: Personallistischer Sozialismus. Die Wirtschaftsordnungskonzeption der deutschen Widerstandsbewegung, Köln 1969.

²⁰ Vgl. Historiographie der DDR über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf in den Jahren 1933-1945. Zusammengefasst, kommentiert und bearbeitet von K. H. Biernat, H. Kühnrich, K. Mammach und H. Nitzsche, Berlin (-Ost) 1965; insbesondere K. Mammach: Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933-1939, Frankfurt 1974; H. Bednarek: Der Kampf der deutschen Antifaschisten, an ihrer Spitze die Mitglieder der KPD, gegen Faschismus und Krieg 1933-1945, Bernau 1960; G. Leschkowitz: Der Kampf der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse gegen Faschismus und imperialistischen Krieg 1933-1945, Potsdam 1960; G. Rossmann: Der Kampf der KPD um die Einheit aller Hitler-Gegner, Berlin (-Ost) 1963.

aktiven Massenwiderstands unter kommunistischer Führung praktisch nicht bestanden haben. Andererseits müssen angesichts des starken Antikommunismus bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Durchsetzungschancen der Verschwörung des 20. Juli aus den gleichen Gründen skeptisch beurteilt werden, da die Abstützung auf die Massen fehlte und große Teile der Bevölkerung und insbesondere der Jugend noch im Bann der nationalsozialistischen Propaganda standen.²¹

Demgegenüber ist grundsätzlich zu betonen, daß jeder Versuch, das nationalsozialistische Regime zu beseitigen oder in seiner Machtentfaltung zu hemmen, im Licht der Folgen der Hitlerschen Gewaltpolitik eine positive Beurteilung verdient, so wenig damit die Frage beantwortet ist, wie weit damit konkrete und politisch wünschenswerte Gestaltungsmöglichkeiten in der Zukunft verbunden waren. Es liegt der Tatsache, daß eine wirksame Opposition gegen das nationalsozialistische Regime nur von den äußersten Flügeln her begründet werden konnte, eine gewisse historische Logik zugrunde. Das gilt einerseits für die kommunistische Position, die sich von der sozialdemokratischen – im subjektiven Verständnis der Anhänger – dadurch zu unterscheiden schien, daß eine Zielprojektion vorhanden war, für die zu kämpfen es sich zu lohnen schien. Für die gemäßigten Sozialdemokraten bestand kaum eine Alternative als die Rückkehr zum demokratischen Parlamentarismus, dessen Funktionsfähigkeit auf den späten Weimarer Erfahrungen allseits in Zweifel gezogen wurde. Auf der bürgerlichen Seite war es die neokonservative Gruppierung, mit einem starken Übergewicht adeliger Kreise, die das Heft des Handelns an sich zog. Auch der Neokonservatismus verlangte nach einer grundlegenden Alternative zu dem in Mißkredit geratenen parlamentarischen System von Weimar. Die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 repräsentierte daher in vieler Hinsicht die 1932 nicht zum Zuge gekommene Alternative des autoritären Staates gegenüber dem Nationalsozialismus. Man kann behaupten, daß diese Alternative unter deutschen Bedingungen nicht tragfähig gewesen ist. Es ist auch nicht notwendig, sie als solche zu rechtfertigen. Es wäre nur eine Verkennung der Tatsachen, wenn man sich nachträglich der Illusion verschreiben wollte, daß es 1932 oder 1944 eine sozialistische Alternative hätte geben können. Auf dieser Tatsache pausenlos Angriffe gegen die Sozialdemokratie zu destillieren, geht schlechthin an der historischen Wirklichkeit vorbei. Sicherlich hat die deutsche Sozialdemokratie in der Situation der Präsidialkabinette eine defensive Rolle eingenommen. Aber auch die KPD überschätzte ihre Möglichkeiten bei weitem; der Doppelkampf gegen den „Sozialfaschismus“ der SPD und die Kräfte der politischen Rechten geschah in der Erwartung, daß der vorübergehende Sieg des Faschismus die deutsche Gesellschaft revolutionsreif machen würde.

Ein Erfolg des Attentats vom 20. Juli 1944 würde mit Sicherheit eine raschere Beendigung des Krieges gebracht und damit Millionen von Menschenleben gerettet und die Verwüstung riesiger Landstriche gerade in Ost- und Ostmitteleuropa begrenzt haben. Ob sich eine Umsturzregierung, wie immer sie zusammengesetzt gewesen wäre, politisch hätte behaupten können, muß im Licht der bekannt gewordenen Reaktionen in der Bevölkerung auf den Staatsstreichversuch zumindestens als zweifelhaft erscheinen. Es war gewiß eine Illusion, wenn der von den autoritären Vorstellungen der späten Präsidialkabinette geprägte äußerste rechte Flügel des Widerstands glaubte, die regierende Nazi-Clique relativ reibungslos durch eine militärisch-zivile Übergangsregierung ablösen zu können. Die relative Depolitisierung breiter Kreise der Bevölkerung, die ein Resultat der nationalsozialistischen Indoktrination, der Austrocknung jedes im wirklichen Sinne öffentlichen Lebens und der zermürbenden Kriegereignisse war, schlug in den letzten Kriegsjahren zugunsten einer Wiederbelebung der überkommenen politischen Frontstellungen um, was sich auch in dem neuerwachenden

politischen Richtungsstreit innerhalb der NS-Bewegung spiegelte. Ein gelungener Staatsstreichversuch hätte bürgerkriegsartige Zustände kaum abwenden können, und es ist auch fraglich, ob ein Einlenken der Alliierten von ihren starren Kriegszielforderungen, insbesondere der des unconditional surrender auch nur ansatzweise erreichbar gewesen wäre.²²

Das Scheitern des 20. Juli ist Teil der bitteren, gerade in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkriege bestärkten Erfahrung, daß es nur in Ausnahmefällen möglich ist, ein terroristisches Regime, das im Besitz aller entscheidenden Machtmittel des modernen Staatslebens ist, von innen her zu stürzen. Der Entschluß, der Herrschaft der Gewalt, des Unrechts und des Verbrechens Einhalt zu gebieten und gegen sie auch unter hoffnungslosen Bedingungen anzukämpfen, verbindet alle Richtungen der deutschen Widerstandsbewegung und stellt sie in eine Linie mit der antifaschistischen Resistance im Zweiten Weltkrieg. Für alle Richtungen des Widerstands gilt, daß sie nicht am Kriterium der jeweiligen Erfolgsaussichten gemessen werden können, und es geht daher auch nicht an, eine Wertigkeitsskala unterschiedlicher Formen und Methoden des Widerstands entwickeln zu wollen. Der Widerstand im Betrieb, die Verteilung illegaler Flugblätter, die Solidarität mit Kriegsgefangenen und Verfolgten, die konspirative Arbeit, ob aus den Apparaten des Regimes heraus oder im Versuch, die Kontinuität der Arbeiterorganisationen zu bewahren oder die Eigenständigkeit der christlichen Kirchen zu behaupten, liegen auf der gleichen geschichtlichen Ebene des existenziellen Protests gegen die Zerstörung von Menschenwürde und Selbstbestimmung, welche politischen Motivationen, Interessen, Antriebe, Zielsetzungen und Visionen der Entschlossenheit, den Protest gegen das Regime zu artikulieren, auch zu Grunde lagen.

²¹ Vgl. Marlis G. Steinert: *Hitlers Krieg und die Deutschen*, Düsseldorf 1970, S. 749f.; vgl. H. Mommsen: *Politische Perspektiven des aktiven Widerstands gegen Hitler*, in: Hans Jürgen Schultz: *Der 20. Juli: Alternative zu Hitler*, Stuttgart 1974, S. 32f.

²² Vgl. Eberhard Jäckel: *Wenn der 20. Juli gelungen wäre*, in: H. J. Schultz (s. Anm. 21).